

Einbringung Haushaltsplan 2021

Sitzung Stadtrat 29. Oktober 2020

Rede des Oberbürgermeisters
David Langner



KOBLENZ
VERBINDET.

Gliederung

- I. Gegenwärtige Situation und Eckdaten des Haushaltes 2021
- II. Die zentralen Einnahmen der Stadt Koblenz
- III. Aufwendungen und Investitionen der Stadt Koblenz
- IV. Fazit

I. Gegenwärtige Situation und Eckdaten des Haushaltes 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

als wir vor einem Jahr unseren Haushalt beraten haben, konnten wir nicht damit rechnen, was auf uns zukommt. Die **Corona-Pandemie** hat uns vor Herausforderungen gestellt, die wir so noch nicht kannten.

Viele Menschen sind ernsthaft erkrankt und müssen bis heute mit Spätfolgen kämpfen. Einige Menschen sind – leider auch in unserer Region – verstorben und ihre Angehörige werden die traurigeren Begleitumstände, zum Beispiel, dass sie kaum Abschied nehmen konnten, noch lange in Erinnerung behalten. Das macht uns betroffen und dient gleichzeitig als **Mahnung für die kommenden Wochen und Monate**, nicht leichtsinnig zu sein, aufeinander Rücksicht zu nehmen und die erforderlichen Regeln einzuhalten, um vor allem Menschen, die einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, zu schützen.

Aufgrund der steigenden Infektionszahlen mussten wir diese Woche noch einmal stärkere Maßnahmen ergreifen und erst gestern haben der Bund und die Länder weitere, tiefgreifende Maßnahmen beschlossen.

Dass wir bisher trotz allem nicht so schockierend getroffen wurden, wie andere Länder, **verdanken wir allen, die schnell, uneigennützig und mit enormer Einsatzbereitschaft reagiert haben.** Dazu gehören die Ärzte und das Pflegepersonal, die Rettungsdienste und Gesundheitsämter, Einsatz- und Verwaltungsstäbe, die Bundeswehr, die politisch Verantwortlichen, die Fachämter in den Kommunen, die Fachkräfte, die in Berufen arbeiten, in denen junge und alte Menschen gefördert und betreut werden und viele mehr. Es ist fast unmöglich, alle aufzuzählen, aber es ist wichtig, dass wir diese herausragende Leistung anerkennen. **Ich danke allen, die sich hier mit unermüdlichem Einsatz engagieren!**

Das gilt auch besonders für Koblenz und für unsere ganze Region: Das riesige Engagement, was die Menschen hier täglich leisten, ist vorbildlich und beeindruckend. Und dazu zähle ich ausdrücklich auch den **Stadtvorstand und die Kolleginnen und Kollegen unserer Verwaltung!** Sie leisten zurzeit außergewöhnliches und die Stadt ist stolz darauf, sich auf Menschen wie Sie verlassen zu können. Herzlichen Dank dafür!

Aber auch die **Ehrenamtlichen** und die **Disziplin des ganz überwiegenden Teils der Koblenzerinnen und Koblenzer** haben dazu beigetragen, dass Koblenz die Herausforderung bis heute gut bewältigt hat. Dabei schließe ich Sie, sehr geehrte **Mitglieder des Stadtrates** ausdrücklich mit ein und will auch Ihnen herzlich danken!

Mit dem bereits Anfang April veröffentlichten **Maßnahmenpaket der Stadt Koblenz zur Hilfe in der Corona-Krise** haben wir auf der einen Seite schnell und unbürokratisch Maßnahmen auf den Weg gebracht, um diejenigen zu unterstützen, die von der Pandemie hart und unvorbereitet wirtschaftlich getroffen wurden: Unternehmen konnten schon im März bei uns eine Reduzierung der Gewerbesteuervorauszahlungen beantragen, wir haben für Gastronomie und Einzelhandel Gebühren für Sondernutzungen erlassen, haben auf Pachtzahlungen verzichtet, Vereine bei Erbbauzinsen und Kulturschaffende unterstützt oder Elternbeiträge für Krippen, Horte und der Kindertagespflege erlassen. Und mit unserer Kampagne „Koblenz packts“ haben wir noch einmal ganz bewusst einen Impuls für Handel, Gastronomie und Hotellerie gesetzt.

Auf der anderen Seite haben wir **Maßnahmen** ergriffen, **um die Menschen zu schützen** und die Verbreitung der Pandemie zu verlangsamen oder sogar zu stoppen. Dafür haben wir stadtintern einen Verwaltungsstab gegründet und unsere Zusammenarbeit mit dem Landkreis Mayen-Koblenz – weil dort das Gesundheitsamt angesiedelt ist – sehr intensiviert. Ich bedanke mich an dieser Stelle noch einmal bei allen Beteiligten für diese hervorragende Zusammenarbeit, denn hier ist eine verwaltungsübergreifende Vertrauensbasis für die kommenden Jahre geschaffen worden.

Gemeinsam mit den Koblenzer Krankenhäusern haben wir auf dem Oberwerth **als erste Kommune in Rheinland-Pfalz eine Fieberambulanz** eingerichtet, die mit ihren Corona-Tests ein unverzichtbarer Anlaufpunkt für Bürgerinnen und Bürger ist und die Arztpraxen enorm entlastet. Bis heute wurden dort fast 14.000 Tests durchgeführt. Zudem haben wir Pflegehilfseinrichtungen geplant und vorbereitet, um die Krankenhäuser bei der Behandlung von nichtkritischen Covid-19 Patienten zu entlasten. Wir haben mit den Schulen und Kitas Hygienepläne erarbeitet, Desinfektionsmittel, Schutzkleidung und Mund- und Nasenmasken bereitgestellt und Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Situation beraten.

Wir haben unsere Kommunikation auf unsere Homepage und in den sozialen Netzwerken neu aufgestellt, eine Hotline eingerichtet und eine Plattform für ehrenamtliche Hilfen im Alltag installiert, um wichtige Dienstleistungen aufrechterhalten zu können. In einem ersten Anlauf haben sich hier über 300 Ehrenamtliche gemeldet, die bereit waren zu helfen. Ich finde das beeindruckend und es zeigt, wie groß die Hilfsbereitschaft der Koblenzerinnen und Koblenzer ist. Allen dafür herzlichen Dank! Jetzt, wo die Infektionszahlen leider wieder steigen, haben wir die Plattform erneut aktiviert.

Auch das ist nur ein Ausschnitt der vielen Maßnahmen, die wir auf den Weg gebracht haben, aber er zeigt, wie ernst wir die Schwierigkeiten und Bedürfnisse der Betroffenen genommen haben.

Die **Anstrengungen haben aber auch Geld gekostet** und gleichzeitig mussten wir **auf zahlreiche Einnahmen verzichten**. Dazu gehörten neben geringeren Steuereinnahmen auch weniger Einnahmen bei unseren Kultureinrichtungen, unseren Bädern oder bei Parkgebühren. Aber das geht nicht nur uns, sondern fast allen Kommunen so. Bund und Land haben deshalb die Kommunen mit einem enormen – in dieser Form so noch nie dagewesenen Hilfspaket – unterstützt, was dazu führt, dass wir beispielsweise 2,8 Mio. Euro als Zuschuss für unsere Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie vom Land bereits erhalten und nach den vorläufigen Berechnungen rd. **27,6 Mio. Euro als Kompensation für unsere Gewerbesteuer ausfälle** bis Jahresende 2020 bekommen werden. Das hilft uns enorm! Und trotzdem hat die Pandemie dazu geführt, dass unser Haushalt in diesem Jahr schlechter ausfällt, als von uns geplant: Statt eines geplanten Überschusses im Ergebnishaushalt von 9,8 Mio. rechnen wir jetzt nur noch mit einem **Plus von 1 Mio. Euro**. Aber immerhin: Wir sind im Plus! Ohne die Kompensationszahlungen lägen wir hingegen tief im Minus.

Die Pandemie hat aber auch enorme Auswirkungen auf unseren Haushalt für das Jahr 2021. Allein im Bereich der **Gewerbesteuer** und den Gemeindeanteilen an der **Einkommensteuer und Umsatzsteuer** müssen wir z.B. **Mindereinnahmen von 13,3 Mio. Euro** verkraften. Gegenüber dem Druckwerk, was Ihnen vorliegt, können wir zwar aufgrund aktueller Orientierungsdaten des Statistischen Landesamtes mit Mehreinnahmen von rd. 2,3 Mio. Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich rechnen. Das gleicht unser Defizit aber nicht aus.

Wir haben bei der Haushaltsaufstellung deshalb noch einmal alle unsere **Ausgaben auf den Prüfstand gestellt** und nur Projekte und Investitionen geplant, die wir auch als absolut notwendig und zielführend erachten.

Auf der Einnahmenseite haben wir dagegen ganz bewusst auf Erhöhungen verzichtet. Steuer- und Gebührenerhöhungen halten wir gerade in der jetzigen Situation für nicht verantwortbar. Denn unsere Unternehmen brauchen die finanziellen Möglichkeiten, um wieder investieren zu können, die Pächterinnen und Pächter von städtischen Liegenschaften brauchen jetzt jeden Euro, um ihren Betrieb weiterführen zu können und die Koblenzerinnen und Koblenzer sollen genug Geld zur Verfügung haben, um einzukaufen, Kulturangebote wahrzunehmen oder in der Gastronomie einzukehren. Nur so wird es uns gelingen, dass wir gemeinsam diese schwierige Situation bewältigen. Und nur so haben wir die Perspektive, dass die Haushalte in den kommenden Jahren auch wieder größere Steuereinnahmen verbuchen und weniger defizitär ausfallen.

Aus diesen Gründen müssen wir im nächsten Jahr seit langem wieder mit einem Defizit planen.

Nach der aktuellen Prognose beträgt der **Jahresfehlbetrag des Ergebnishaushalts rd. 9,9 Mio. Euro**, denn unseren Erträgen von 438,7 Euro stehen Aufwendungen von 448,6 Mio. Euro gegenüber. Erfreulicherweise kann im mittelfristigen Finanzplanungsjahr 2022 ein Überschuss von 3,1 Mio. Euro erreicht werden, wohingegen in den Planungs Jahren 2023 und 2024 wieder mit Defiziten geplant werden muss.

Die Corona-Pandemie und die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen werden damit in unseren Haushalten deutlich sichtbar. Sie ist vielleicht nicht der einzige, aber gegenwärtig der wichtigste Grund für unser Defizit.

Ähnlich stellt sich der **Finanzhaushalt** dar, in dem die reinen Ein- und Auszahlungen betrachtet werden. Unter Berücksichtigung des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP) steht hier ein **Fehlbetrag von 10,3 Mio. Euro**. Zwar haben wir einen Einzahlungsüberschuss im „Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen“ von 11,6 Mio. Dieser reicht aber nicht aus, um alle ordentlichen Tilgungen von Investitionskrediten von 18,7 Mio. Euro zu finanzieren sowie die als Teilnehmerin am Kommunalen Entschuldungsfonds zu leistende sogenannte „Mindest-Nettotilgung“ von rd. 3,2 Mio. Euro zu erbringen.

Auch der Finanzhaushalt wird mit Ausnahme des Finanzplanungsjahres 2022 bis 2024 Fehlbeträge ausweisen. Das zeigt, dass die Corona-Pandemie uns noch einige Zeit im Haushalt beschäftigen wird.

Anhand unserer wichtigsten Einnahmen und Ausgaben will ich Ihnen die Projekte des Haushaltes jetzt kurz vorstellen und mit unseren Einnahmen beginnen:

II. Die zentralen Einnahmen der Stadt Koblenz

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere wesentlichen Einnahmenquellen sind auch im nächsten Jahr wieder die **Steuererträge** mit einem **Gesamtvolumen von 213 Mio. Euro**. Das hört sich viel an – heißt aber, dass wir im Vergleich zum Vorjahr mit **13,7 Mio. Euro weniger** auskommen müssen. Das ist ein enorm hoher Betrag und er ist höher als unser Defizit im Gesamthaushalt. Könnten wir also mit den gleichen Steuereinnahmen wie in diesem Jahr planen, könnten wir auch wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Allein bei unserer wichtigsten Einnahmequelle, der **Gewerbsteuer**, ist mit einem Ansatz von **106,8 Mio. Euro ein Rückgang von 8,7 Mio. Euro** zu verzeichnen. Hier ist ganz deutlich zu sehen, wo die Pandemie wirtschaftlich am härtesten zuschlägt. Auch für 2021 hat das Land deshalb dankenswerter angekündigt, Teile der Gewerbesteuerrückgänge zu kompensieren. Das erkennen wir ausdrücklich an, müssen nach den vorläufigen Berechnungen aber davon ausgehen, dass die Kompensationszahlung nicht höher sein werden als rd. 4,2 Mio. Euro. Wir werden also – wie auch in diesem Jahr – mit Mindereinnahmen bei der Gewerbsteuer leben müssen.

Ohne die Unterstützung von Bund und Land wären sie aber noch viel größer!

Das gilt im Übrigen auch für die **Kosten von Unterkunft und Heizung** im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Hier hat der Bund entschieden, seine Beteiligung an den Kosten deutlich zu erhöhen. Die Bundesbeteiligung wird sich in Rheinland-Pfalz für das Jahr 2021 nach aktuellem Stand auf 75,4 % belaufen. Das heißt, wir erhalten **4,8 Mio. Euro mehr**. Dies ist erfreulich, denn in 2021 kann mit diesen zusätzlichen Mitteln der Aufwuchs der Sozial- und Jugendhilfekosten nahezu gedeckt werden. Da in den kommenden Jahren die Sozial- und Jugendhilfekosten jedoch weiter steigen werden, sind zur Gewährleistung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen weitere Entlastungen von Bund und Land notwendig.

Neben der Gewerbsteuer erwarten wir aber auch deutliche Rückgänge bei den Gemeindeanteilen an der **Einkommensteuer** und der **Umsatzsteuer**. Die regionalisierte Steuerschätzung vom September prognostiziert **Mindererträge von rd. 4,6 Mio. Euro**.

Rechnen wir alles zusammen, sind im Ergebnis unsere **Erträge des Gesamthaushaltes auf 438,7 Mio. Euro** zu beziffern. Das sind **6,2 Mio. Euro weniger als in diesem Jahr**.

So sind wir darauf angewiesen, dass der **Bund und das Land gerade die großen Städte auch weiterhin unterstützen**. Denn hier vor Ort wirkt sich die Politik unmittelbar aus und hier spüren die Menschen zuerst, wie sie in schwierigen Situationen unterstützt werden. Der Alltag der Familien, der jüngeren und älteren Menschen wird vor Ort gestaltet und organisiert, die Lebenswirklichkeit bildet sich in den Städten ab. Hier entscheidet sich, ob sich die Bürgerinnen und Bürger wohlfühlen, welche Bildungschancen sie haben, ob sie einen Arbeitsplatz finden und ob sie mit ihrem Lebensumfeld zufrieden sind.

Die **Städte haben deshalb eine besondere Verantwortung** und dieser können wir nur gerecht werden, wenn wir dazu finanziell in der Lage sind! Ich habe deshalb gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus Ludwigshafen, Mainz, Trier und Kaiserslautern eine **Lösung für unsere Altschulden** und eine weitere bessere finanzielle Ausstattung für unsere Aufgabenwahrnehmung während der Corona-Pandemie gefordert. Zur Lösung der Altschuldenproblematik sind hohe finanzielle und wirtschaftliche Hilfen von Bund und Ländern

von Nöten, um die Gesamtsituation in ein erträgliches Fahrwasser zu steuern, die wirtschaftlichen Gegebenheiten in Koblenz zu stabilisieren bzw. zu weiterem Wachstum verhelfen zu können.

III. Aufwendungen und Investitionen der Stadt Koblenz

Sehr geehrte Damen und Herren,

kommen wir jetzt zu unseren Aufwendungen und Investitionen. Unsere **Aufwendungen** werden **im kommenden Jahr 448,6 Mio. Euro** und unsere **Investitionen rund 76. Mio. Euro** betragen.

Ich hatte ja schon zu Beginn gesagt, dass wir uns bewusst dazu entschieden haben, **nicht unsere Einnahmen zu erhöhen**, sondern **nur bei den städtischen Ausgaben zu sparen**. Um das Defizit so gering wie möglich zu halten, haben wir deshalb bei der Aufstellung für diesen Haushalt überall dort gespart, wo es uns erstens möglich war und wo wir es zweitens für vertretbar hielten. Ich bin dafür den Kolleginnen und Kollegen im Stadtvorstand sehr dankbar! Schritt für Schritt haben wir uns den Haushalt vorgenommen und alle Ausgaben geprüft.

Mit einem Mix von vielen kleinen und einigen größeren Einschränkungen ist es uns so gelungen, **Konsolidierungen in einer Gesamthöhe von rd. 3,6 Mio. Euro** zu erreichen. Dabei haben wir z.B. Mittel für Straßenunterhaltungen oder die Unterhaltung unserer Grünanlagen reduziert, Sachkosten im Kulturretat verringert oder unsere Geschäftsaufwendungen wie Reisekosten oder Bürobedarf herabgesetzt. Das sind alles Maßnahmen, die Einschränkungen bedeuten – Einschränkungen aber, die wir für vertretbar halten und die wir unter der Maßgabe entschieden haben, dass wir tatsächlich sparen müssen.

Insgesamt konnten wir so auch den Aufwuchs im **freiwilligen Leistungsbereich** stoppen und den städtischen **Zuschussbedarf gegenüber dem Vorjahr um rd. 3 Mio. Euro reduzieren**. Das ist enorm – mehr ist aus unsere Sicht gegenwärtig aber nicht möglich, auch wenn wir trotzdem wieder coronabereinigt um rd. 500.000 Euro über der von der ADD bisher für das Jahr 2020 vorgegebenen Zuschussobergrenze von 23,5 Mio. Euro liegen. Unsere Anstrengungen zur Konsolidierung sind hier aber unverkennbar.

Wir haben uns damit an den **Eckwertebeschluss** gehalten, der Ihnen heute auch zur Beschlussfassung vorliegt.

Ansatzsteigerungen haben wir nur zugelassen, wenn sie gesetzlich vorgegeben oder z.B. aufgrund von Fallzahlen unumgänglich waren. Den Zuschussbedarf im freiwilligen Leistungsbereich haben wir, soweit es möglich war, reduziert und Investitionen nur unter strikter Beachtung des Kassenwirksamkeitsprinzips veranschlagt.

Durch Verbesserungen in der Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltung sollen auch zukünftig Effektivität und Wirtschaftlichkeit gesteigert und hierdurch Einsparungen erzielt werden. Die von uns wahrgenommenen Aufgaben werden wir auch zukünftig kontinuierlich prüfen, ob sie so wahrgenommen werden müssen wie bisher und welchen Standard wir benötigen. Dazu gehört auch ein ganzheitliches Controlling.

Wir können aber immer **nur dort sparen, wo es möglich und wo es auch angemessen und langfristig betrachtet sinnvoll ist**. Alles andere kann dazu führen, dass wir Aufgaben nicht mehr anständig wahrnehmen können oder dass wir die gute Entwicklung unserer Stadt aufs Spiel setzen. Rein auf kurzfristige Effekte zu setzen, halte ich deshalb für falsch. Wir müssen immer langfristig und vor allem nachhaltig planen. Nur so können wir die Stadt auch zukünftig erfolgreich entwickeln, eine hervorragende Lebensqualität bieten und weiterhin als attraktiver Wohn- und Arbeitsort gelten.

Wir müssen und wollen deshalb trotz der schwierigen Haushaltslage in den kommenden Jahren investieren. Das tun wir und ich freue mich, dass es uns bei der Haushaltsaufstellung gelungen ist, die kommenden Jahre so zu planen, dass wir mit **wichtigen Projekten** unsere Stadt weiterentwickeln und dabei **klare Prioritäten** setzen. Dafür danke ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich meinen Kolleginnen und Kollegen im Stadtvorstand!

Ein Dank geht auch an die Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei für den Entwurf des Haushaltes. Die Beratungen verwaltungsintern sind nicht immer einfach, wenn man die Aufgabe hat, stets zur Haushaltsdisziplin und zur Ausgabenreduzierung zu mahnen.

Erste Priorität hat für mich, dass wir auch in den kommenden Wochen und Monaten **gut durch die Pandemie kommen** und die mit ihr verbundenen Herausforderungen bewältigen. Dafür wird noch einmal eine große Anstrengung nötig sein, ich bin aber sicher, dass es uns gelingt, wenn jeder einen Beitrag leistet.

Mit allen anderen Projekten und Investitionen orientieren wir uns an der nachhaltigen Lebensqualität und der Attraktivität unserer Stadt – und zwar für alle Generationen!

Eine Priorität hat für mich dabei nach wie vor der Verkehr. Wir brauchen in Koblenz eine **Verkehrswende!** Deshalb haben wir unseren **ÖPNV** auf komplett neue Füße gestellt – und dies mit stets einstimmigen Beschlüssen im Stadtrat. Wir haben mit der koveb unser eigenes Verkehrsunternehmen gegründet und werden ab dem 13. Dezember zum Fahrplanwechsel mehr Buslinien und mehr Fahrten anbieten. Dazu gehören z.B. die neuen Stadteillinien von der Horchheimer Höhe über Ehrenbreitstein nach Pfaffendorf oder von Asterstein auf die Niederberger Höhe, dazu gehören mehr Nachtbusse und eine Ausweitung des Abendverkehrs auf einen 30-Minuten-Takt bei den Hauptlinien. Zudem werden 29 neue Omnibusse mit Gasantrieb zum Einsatz kommen, damit der ÖPNV auch ökologischer wird. Gleichzeitig werden wir zu Beginn des neuen Jahres die Preise für unsere Netzkarten, wie Tages- oder Monatskarten senken. In 4 Jahren wollen wir damit 2 Mio. mehr Fahrgäste erreichen – das wird aber erst gelingen, wenn wir die Corona-Pandemie überwunden haben. Denn auch hier hat sie gravierenden Auswirkungen. Es wird deshalb entscheidend sein, dass wir den ÖPNV nach der Pandemie wieder als attraktives Verkehrsmittel etablieren.

Ein guter ÖPNV reicht allein für eine Verkehrswende aber nicht aus. Deshalb besitzt für uns die Förderung und **Verbesserung des Radverkehrs** eine enorme Bedeutung. Seit September 2020 ist die Stelle des Radverkehrsbeauftragten wiederbesetzt. Darüber hinaus wurde beim Tiefbauamt und bei der Straßenverkehrsbehörde jeweils eine Stelle weitgehend für die Umsetzung von Fahrradprojekten reserviert. Damit haben wir auf personeller Ebene wichtige Maßnahmen ergriffen, um die dringenden Probleme im Radverkehr zu lösen.

Die vordringlichen Radverkehrsprojekte für die nächsten Jahre ergeben sich aus dem Maßnahmenkatalog des Verkehrsentwicklungsplans 2030 (VEP). Darin wird vorrangig die Entwicklung von Radverkehrsachsen in Nord-Süd- und in Ost-West-Richtung vorgeschlagen. Die bereits in diesem Jahr begonnene Radverkehrsanlage in der Mainzer Straße wird nächstes Jahr fortgeführt und ca. 225.000 Euro kosten. Weitere Streckenabschnitte in der Trierer und Mayener Straße, die beispielsweise rund 400.000 Euro kosten werden und im Wallersheimer Weg, in der Simmerner Straße und in der Beatusstraße werden folgen. Damit sollen die Radfahrerinnen und Radfahrer mehr Raum erhalten und sicherer und attraktiver durch die Stadt geleitet werden.

Auch die Entwicklung von Radschnellverbindungen oder von sicheren Radabstellanlagen einschließlich eines Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof sind Themen aus dem VEP, die im nächsten Jahr konkreter geplant werden. Gemeinsam mit den benachbarten Kommunen sind

bereits die Weichen für eine Variantenprüfung schneller und direkter Pendler-Radstrecken gestellt. Neben weiteren großen Radprojekten, die ab 2021 angesetzt sind, wie z.B. der Ertüchtigung des Radwegs auf der Horchheimer Eisenbahnbrücke, sollen auch kleine, aber wirkungsvolle Anpassungen die Bedingungen für Radfahrer kurzfristig spürbar verbessern.

Das heißt im Übrigen nicht, dass wir nicht auch in unsere Straßen investieren. Der Neubau der **Pfaffendorfer Brücke** ist mit Sicherheit das bedeutendste Infrastrukturprojekt der kommenden Jahre – übrigens auch für den Radverkehr. Denn auch hier planen wir mit Maßnahmen für Radfahrer und Fußgänger. Wir rechnen dabei mit einer Investition von rund 100 Mio. Euro und sind dankbar, dass das Land eine Förderung von 65,5 Mio. Euro in Aussicht gestellt hat. Sollte das EU-weite Ausschreibungsverfahren planmäßig verlaufen, sind die ersten Bauaktivitäten bereits in der zweiten Jahreshälfte 2021 zu sehen.

Im Bereich des Straßenbaus wurde der letzte Bauabschnitt der **Nordentlastung Metternich** dieses Jahr erfolgreich abgeschlossen und für den Verkehr freigegeben. Insgesamt wurden in den städtischen Bauabschnitten rund 8 Mio. Euro verbaut und durch das Land rund 3 Mio. Euro Fördermittel bereitgestellt. Die nächsten wichtigen Projekte sind unter anderem der Umbau des **Knotenpunktes an der Kurt-Schumacher-Brücke** mit rund 2,7 Mio. Euro, der Bau der Ortskernentlastung Bubenheim für rund 3,5 Mio. Euro, sowie der dringend erforderliche Ausbau des **2. Bauabschnitts der August-Horch-Straße**. Mit all diesen Maßnahmen tragen wir zu einer besseren Verkehrs- und Infrastruktur bei.

Dass wir in Koblenz eine Verkehrswende erreichen müssen, hat für mich vor allem zwei Gründe: Erstens ist die Mobilität mitentscheidend dafür, ob die Menschen hier gerne leben, ob sie zu uns ziehen und vor allem, ob sie hierbleiben. Zurzeit wohnen über 113.000 Menschen in Koblenz und das zeigt, wie beliebt die Stadt als Wohnort ist. Dazu kommen rund 60.000 Einpendlerinnen und Einpendler, die täglich zur Arbeit nach Koblenz kommen, denn auch als Arbeitsstätte hat die Stadt eine riesige Bedeutung. Um der Mobilität all dieser Menschen gerecht zu werden und gleichzeitig eine hohe Lebensqualität zu bieten, brauchen wir eine zukunftsorientierte, moderne Verkehrsstruktur.

Ein zweiter wichtiger Grund ist der **Klimaschutz**. Auch hier haben wir uns personell und organisatorisch neu aufgestellt. Ich habe die Klimaschutzbeauftragte direkt bei mir angesiedelt und wir haben die Klimaschutzkommission – ein Kernpunkt des Klimaschutz-Beschlusses des letzten Jahres – erfolgreich implementiert. Am 1. September hat sie zum ersten Mal getagt. Gemeinsam gilt es jetzt, das Klimaschutzkonzept und die 33 prioritären Maßnahmen, die wir beschlossen haben, umzusetzen. Dazu gehören z.B. verkehrliche Maßnahmen, verschiedene Begrünungen, die Aufforstung des Stadtwaldes, das 500-Dächer-Sanierungsprogramm oder die Installation von Photovoltaikanlagen. Schon heute werden beispielsweise rund 30 Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften betrieben. Damit erzeugen wir jährlich ca. 811.000 kWh Strom und sparen so ca. 436 t CO₂ pro Jahr. Auf den Gebäuden der Kita Karthause, der Kita Horchheimer Höhe und den beiden neuen Feuerwachen sollen als nächstes neue Anlagen gebaut werden.

Um auch in unseren Liegenschaften Energie zu sparen, wird die Stadt ein Vorgehensmodell zur Umsetzung kurz- und mittelfristiger Sanierungen vorstellen. Dabei werden wir Synergien mit bereits geplanten Maßnahmen generieren, um eine möglichst effiziente Umsetzung zu erreichen. Das wird Geld kosten – aber es wird sich rechnen!

Eins ist bei unseren Anstrengungen aber nach wie vor ganz wichtig: Wir müssen die **CO₂-Reduzierung schaffen, ohne die Wirtschaftsleistung unserer Stadt zu beschränken oder Arbeitsplätze zu gefährden**. Klimaschutz darf nicht dazu führen, dass wir unsere Infrastruktur vernachlässigen, dass wir nicht genügend preiswerten Wohnraum schaffen oder keine

Unternehmen mehr ansiedeln. Denn wir können unsere Stadt nur entwickeln, wenn wir Wirtschaftsförderung, Umweltschutz und Lebensqualität miteinander in Einklang bringen.

Wie wichtig das ist, zeigen unsere hervorragenden **Arbeitsplatzzahlen**: In Koblenz arbeiten derzeit 75.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und noch einmal knapp 14.000 Beamtinnen und Beamte. Diese Arbeitsplätze wollen wir halten oder sogar steigern.

Wir haben dafür ein enormes Potential, denn die Stadt ist als **Standort für Betriebe und Unternehmen** weiterhin hoch attraktiv. Das zeigt die nach wie vor ungebrochene Nachfrage nach Grundstücken: Die derzeit noch direkt verfügbaren bzw. in Kürze entwickelten Grundstücke reichen nicht aus, um den schon heute kommunizierten Bedarf für die kommenden zwei Jahre zu decken – und das trotz Corona!

Um weitere Entwicklungsmöglichkeiten für ansässige und anzusiedelnde Firmen zu schaffen, entwickeln wir deshalb unter anderem das Gelände der ehemaligen Hundeschule am Bubenheimer Berg mit 6 ha hochwertiger Sonderbaufläche oder ergänzen mit dem sogenannten Handwerkerpark das Gebiet an der A61 als Gewerbe- und Industriefläche. Das gilt übrigens auch für den Bereich entlang der Autobahn hinter dem Tierheim: Hier sollen sogar 25 ha an Industrieflächen entstehen. Wir bieten damit großen und kleineren Betrieben in Koblenz ein gute Perspektive.

Um Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen, um für Fachkräfte ein attraktiver Wohnort zu sein, um Familien und jungen Menschen auf Dauer eine Heimat und einen Ort zum Wohlfühlen zu bieten, vor allem aber, um als innovative und moderne Stadt aufzutreten, hat für mich ein weiteres übergreifendes Thema Priorität: die **Digitalisierung**. Gerade die Pandemie hat gezeigt, wie groß ihre Bedeutung ist. Vieles konnten wir nur dank der technischen Entwicklung leisten und zahlreichen digitalen Angeboten und Dienstleistungen wurde ein enormer Schub verliehen. Die Digitalisierung wird deshalb in den kommenden Jahren im Mittelpunkt stehen und sich dabei auf die ganze Stadt auswirken:

Das Stichwort lautet hier "**Smart City**", denn die Vernetzung der städtischen Infrastrukturen untereinander hat gerade erst begonnen. Man denke an intelligente Verkehrssteuerungen, Parksysteme, wie sie gerade von der evm AG in der Oberen Löhrrstraße und am Peter-Altmeier-Ufer getestet werden, digitale Bürgerbeteiligungen, intelligente Stromnetze und vieles mehr. Welche Perspektiven dabei in Koblenz möglich sind, wird gegenwärtig im Rahmen einer Masterarbeit des Fachbereichs Informatik an der Universität erarbeitet und zu Beginn des neuen Jahres vorliegen. Hier konnten auch Sie, liebe Ratsmitglieder, ihre Expertise und Ideen im Rahmen von Interviews einbringen. Allen, die sich beteiligt haben, herzlichen Dank dafür!

Um bei der Entwicklung von innovativen Projekten und der Bildung von Prioritäten auch auf externen Sachverstand zu setzen, hat die Stadt einen **Digitalbeirat** gegründet. Er ist ein Expertengremium für digitale Themen mit Beraterfunktion und setzt sich aus verwaltungsinternen und -externen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammen. Mit ihm wollen wir Koblenz zu einer innovativen, vernetzten, digitalen Stadt entwickeln.

Damit das möglich wird, benötigen wir auch das große Engagement unserer **Hochschulen** – gerade auch vor dem Hintergrund, dass die Studierendenzahlen in den letzten 10 Jahren um mehr als die Hälfte gestiegen sind. Heute studieren über 16.000 Studentinnen und Studenten in Koblenz. Das prägt unsere Stadt und auch hier wollen wir auf Digitalisierung setzen. Deshalb setzen wir uns für die Etablierung neuer innovativer und am Fachkräftebedarf der Region orientierten Studienrichtungen ein. Die Informatik – z.B. mit der Schwerpunkt Gesundheit – muss deshalb in unseren Augen weiter deutlich gestärkt werden. Das gilt besonders für die

Universität, die zum 01. Januar 2023 eigenständig wird. Wir haben ein großes Interesse daran, dass sich Koblenz als starke und zukunftssicherer Bildungsstandort weiter etabliert, die regionale Vernetzung gestärkt wird und somit bundesweit als auch international für Studierende attraktiv bleibt. So stärken wir die Wirtschaft der gesamten Regiopole. Wir begleiten daher den Verselbstständigungsprozess mit allen Verantwortlichen im engen Austausch und setzen uns für eine solide und nachhaltige Finanzierung seitens der Landesregierung ein.

Die Digitalisierung betrifft aber auch die Arbeit der **Stadtverwaltung** selbst. Die gegenwärtige Umsetzung des sogenannten Onlinezugangsgesetzes wird viele Prozesse nachhaltig verändern. Für die Bürgerinnen und Bürger wird die Digitalisierung viele innovative Entwicklungen bringen, denn alle öffentlichen Verwaltungen werden ihre Verwaltungsleistungen in den kommenden Jahren online zur Verfügung stellen müssen. Einige Verwaltungsleistungen bieten wir bereits online an. Das gilt z.B. für digitale Anmeldungen und Terminvereinbarungen – sei es in unseren Bädern oder im Bürgeramt. In den nächsten Schritten wollen wir digitale Terminvereinbarungen u.a. auch auf die angebotenen Leistungen im Schulverwaltungsamt oder den publikumsintensiven Bereichen des Sozialamtes ausweiten. Ebenso steht die Digitalisierung der meist angefragten Bürgerservices wie die Beantragung von Bewohnerparkausweisen oder Urkundenbestellung an. Dabei werden die Vorteile der Digitalisierung an die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergegeben, sodass auch mehr Arbeiten von zu Hause aus möglich werden.

Wie wichtig in der gewärtigen Situation Online-Angebote sind, zeigt auch der **kulturelle Bereich**. Die städtischen Einrichtungen wie das Stadttheater, die VHS, die Musikschule oder die beiden Museen haben in kürzester Zeit Online-Angebote geschaffen und damit viele Bürgerinnen und Bürger erreicht. Zudem hat die Stadt mit Künstlern und Kulturschaffenden einen Dialog ins Leben gerufen, um sich gemeinsam für eine stärkere digitale Vernetzung einzusetzen. Die Pandemie hat in gewisser Weise eine Wiederentdeckung des Nahen zur Folge. Davon kann auch die Kultur profitieren. Die vielen Koblenzer Kulturschaffenden und Kulturveranstalter wollen wir auch auf dem Weg der Digitalisierung unterstützen, weil sie mit am härtesten von der Pandemie wirtschaftlich getroffen wurden und weil beide Säulen, die kommunalen Kultureinrichtungen genauso wie die freie Kulturszene, für die Attraktivität unserer Stadt eine besondere Bedeutung haben. Aber: Ohne analoge Angebote kein digitaler Kulturraum. Daher gilt es Koblenz als Kulturstadt erfolgreich durch die Krise zu lotsen. Auch der Stadtrat hat sich sehr dafür eingesetzt und deshalb werden wir in der nächsten Sitzung über weitere Maßnahmen beraten.

Zur digitalen Entwicklung gehört auch die Entwicklung unserer **Schulen**. Schließlich gehen über 21.000 Schülerinnen und Schüler in Koblenz täglich zur Schule. Die Versorgung der Schulgebäude mit leistungsstarken Breitbandanbindungen sowie die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerschaft mit zukunftsfähiger IT-Ausstattung, spielt dabei eine zentrale Rolle. Mit dem Digital-Pakt unterstützt der Bund bis zum Jahr 2024 Länder und Städte bei ihren Investitionen und auf die Stadt Koblenz entfällt ein Fördervolumen von rd. 8,56 Millionen Euro. Dieses Geld verwenden wir, um in Unterrichtsräumen und auf den Schulgeländen Internetzugänge zu schaffen, die Klassen mit Präsentationsgeräten wie interaktiven Tafeln, Bildschirmen oder Beamern auszustatten und digitale Arbeitsgeräte bereitzustellen. Auch mobile Endgeräte sind unter bestimmten Bedingungen förderfähig. Um auch unsere Sekretariate, Kopierräume, oder Räume der Schulsozialarbeit ausstatten, investieren wir zudem in den kommenden vier Jahren noch einmal 1,5 Mio. Euro.

Unser finanzielles Engagement für die Schulen geht aber weit darüber hinaus. Im Haushaltsjahr 2021 sind für den Bereich Schulen insgesamt ca. 19,7 Mio. Euro für Neu- und

Erweiterungsbauten, Brandschutzsanierungen, barrierefreie Zugänge sowie die Sanierung von Schulhöfen, Toilettenanlagen und naturwissenschaftlichen Räumen veranschlagt. Insgesamt planen wir 78 Einzelmaßnahmen, die mit über 9 Mio. Euro gefördert werden. Dazu kommt das zweite Kapitel des Kommunalen Investitionsprogramms KI 3.0, welches für die Verbesserung der Schulinfrastruktur an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen bestimmt ist. Die Koblenzer Schulen erhalten aus dem Programm insgesamt 9,7 Mio. Euro für die Sanierung von Bodenbelägen, Toilettenanlagen, Schulhöfen und Fassaden. Nächstes Jahr setzen wir bereits 5,2 Mio. Euro um.

Darüber hinaus werden in den kommenden Jahren mit den Ersatzneubauten der Grundschulen Freiherr vom Stein und Pestalozzi zwei neue Schulgebäude entstehen.

Neben den wichtigen Infrastrukturmaßnahmen spielt für uns auch immer das Angebot von **Ganztagschulen** eine wichtige Rolle. Denn damit liefern wir einen großen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur besseren Förderung der Schülerinnen und Schüler und für einen guten Übergang von der Kita in die Schule. In diesem Jahr wurde an der Grundschule Pfaffendorfer Höhe und am Görres-Gymnasium ein Ganztagsschulangebot eingeführt, im nächsten Jahr soll die Grundschule Pestalozzi dazukommen. Dann haben wir 19 Ganztagschulen und in jeder Schulart mindestens eine.

Damit die Kinder und Jugendlichen ihre Bildungschancen auf dem Schulweg erfolgreich wahrnehmen können, ist aber bereits eine gute Förderung in unseren **Kitas** wichtig. Und auch hier geht es um eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir bauen deshalb unsere Kita-Plätze kontinuierlich aus. Aktuell stehen drei weitere Neubauprojekte an: Auf der Hochheimer Höhe werden noch dieses Jahr die Bauarbeiten für eine viergruppige Kita beginnen, in die wir über 6,2 Mio. Euro investieren. In 2021 geht dann das Projekt für die Errichtung einer achtgruppigen Kita auf dem Gelände der Overbergschule in der Goldgrube in die konkrete Planungs- und Genehmigungsphase. Und dies gilt auch für das viergruppige Neubauprojekt „Rosenquartier“ in Lützel. Wir schaffen alleine mit diesen drei Neubauten 295 zusätzliche Kita-Plätze und werden mit weiteren Maßnahmen, die das ganz Stadtgebiet betreffen, in den kommenden Jahren dann insgesamt 400 zusätzliche Kita-Plätze anbieten können.

Für gute Kitas benötigen wir aber nicht nur Gebäude, Spielanlagen und Einrichtungen. Wenn das Kita-Zukunftsgesetz nächstes Jahr am 1. Juli in Kraft tritt, wird das mit Sicherheit auch die Betreuungsqualität in unseren Kitas erhöhen. Eine ganztägige Betreuung von sieben Stunden und ein bedarfsgerechtes Angebot für eine Mittagsverpflegung kosten aber auch Geld. Nach aktuellem Stand werden die Koblenzer Kitas in freier Trägerschaft 50 zusätzliche Stellen benötigen, was auch unsere Personalkostenzuschüsse erhöht. Im nächsten Jahr rechnen wir deshalb mit rund 1,45 Mio. Euro, ab 2022 mit rund 2,9 Mio. Euro höheren Zuschüssen. Für die städtischen Kitas werden zusätzlich fünf pädagogische Stellen benötigt. Ich bin sicher, dass diese Aufwendungen den Kindern und Familien zugutekommen – wir werden uns aber auch dafür einsetzen, dass das Land die Kommunen bei dieser Aufgabe weiter unterstützt.

Neben einer innovativen Hochschullandschaft, modernen Schulen, guten Kitas und vielfältigen kulturellen Angeboten spielen für die Attraktivität einer Stadt auch immer die Sport- und Freizeitangebote eine wichtige Rolle.

Während andere Städte und Gemeinden aus finanziellen Gründen dazu gezwungen werden, über die Schließung ihre Bäder nachzudenken, haben wir uns in Koblenz bewusst entschlossen, unser marodes **Hallenbad** zu ersetzen und unser Freibad zu sanieren. Wir tun das, weil wir wissen, dass Schwimmbäder für jüngere und ältere Menschen, für Familien, für Sportlerinnen und Sportler und vor allem für die Gesundheitsförderung von großer Bedeutung sind. Im Wettbewerb um Fachkräfte, um Tages- und Übernachtungsgäste und um Familien,

die einen dauerhaften Lebensmittelpunkt suchen, sind Sport- und Freizeitangebote ein immer wichtiger werdender Faktor. Gerade deshalb ist in das neue Hallenbad auch eine Sauna integriert.

Ich freue mich deshalb, dass wir im September mit Landschaftsbauarbeiten für das neue Hallenbad beginnen konnten. Danach wird die Baugrube ausgehoben und im ersten Quartal 2021 mit den Rohbauarbeiten begonnen. Nach einer Bauzeit von rund 24 Monaten soll das Hallenbad dann gemeinsam mit der neuen Sauna und Gastronomie im 4. Quartal 2022 eröffnet werden.

Im **Freibad** Oberwerth werden wir nächstes Jahr sowohl die Sanierung des Nichtschwimmer- und Mehrzweckbeckens als auch des 25-Meter-Schwimmerbeckens für ca. 4 Mio. Euro abschließen. Es ist beabsichtigt, dass die Bauarbeiten bis zum Beginn der Freibadsaison 2021 abgeschlossen sind. Aber auch danach werden wir in den Folgejahren umfangreiche Sanierungsarbeiten durchführen müssen. So befinden sich das 50-Meter-Becken, der Sprungturm und die Tribünenanlage in einem sanierungsbedürftigen Zustand.

Neben den Bädern investieren wir aber noch in weitere Projekte des Sports: Für die Generalsanierung der **Bezirkssportanlage Schmitzers Wiese** haben wir uns z.B. bei zwei Förderprogrammen beworben. Der Außenbereich mit einem Investitionsvolumen von knapp 2 Mio. Euro soll über eine Landesförderung und der Neubau des Umkleidegebäudes mit veranschlagten Kosten von 4,4 Mio. Euro mit Hilfe einer Bundesförderung realisiert werden. Die Förderquote liegt bei beiden Programmen bei 90%, wobei das Bundesprogramm auf eine Zuwendung von 3 Mio. Euro gedeckelt ist. Damit könnte endlich die Sanierung, die vielen Sportlerinnen und Sportlern zugutekommen wird, beginnen.

Wie attraktiv unser Stadt ist, haben in den letzten Jahren auch immer unsere **Tourismus- und Gästezahlen** gezeigt: Bis 2019 sind sie kontinuierlich gestiegen. Im letzten Jahr haben über 730.000 Gäste bei uns übernachtet – das waren über 50.000 mehr als im Buga-Jahr 2011. Die tolle Entwicklung wurde jetzt nur durch die Corona-Pandemie unterbrochen. Wir haben deshalb unmittelbar im Juli begonnen, mit einer großen überregionalen Kampagne für Koblenz als Reiseziel zu werben, um damit auch unsere Tourismus-, Kultur- und Gastronomiebranche zu unterstützen. An über 1.000 Standorten wurde deutschlandweit plakatiert, mit Printanzeigen erreichten wir eine Auflage von über 6,5 Mio. Stück und dazu kamen noch Kampagnen im Internet und sozialen Medien. Das Ziel ist dabei klar: Wir wollen nach Corona nahtlos an die erfolgreiche Entwicklung der Tourismuszahlen anknüpfen. Es freut mich sehr, dass es für diese Kampagne ausdrückliches Lob aus Hotel- und Gastronomie sowie dem Einzelhandel gab.

Als touristisches Alleinstellungsmerkmal gilt in diesem Zusammenhang nach wie vor die **Seilbahn**. Bis heute wurde sie von über 9 Mio. Fahrgästen genutzt. Diese riesige Zahl unterstreicht ihre Bedeutung! Wir wollen sie deshalb dauerhaft erhalten und gerade im Zusammenhang mit der **BUGA 2029** in den Focus nehmen, weil kein anderes Projekt solch positive, beflügelnde und verbindende Wirkung eines Leuchtturmprojektes erzeugt hat, wie sie und natürlich das, was sie zusammengeführt hat: Die Innenstadt mit der Festung, die Flussufer mit der Höhe.

Für die BUGA 2029 leistet die Stadt Koblenz einen entscheidenden finanziellen Beitrag und wir haben jüngst verschiedene Ideen vorgestellt, die wir zur BUGA realisieren wollen. Die Seilbahn ist dabei fester Bestandteil. Wir arbeiten deshalb gemeinsam mit dem Land und dem Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal daran, die UNESCO von einem dauerhaften Erhalt zu überzeugen und sind auch bereit, unsere Stadtentwicklung weiterhin welterbeverträglich zu gestalten.

Neben den zahlreichen Angeboten einer Stadt ist für die Bürgerinnen und Bürger auch die **Sicherheit** immens wichtig. Das Ordnungsamt hat gerade während der Corona-Pandemie hier gemeinsam mit dem Rechtsamt hervorragende Arbeit geleistet. Ich hatte aber bereits zu Beginn meiner Rede deutlich gemacht, dass das für alle Ämter, Eigenbetrieben, GmbHS und die dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung gilt. Dabei bestand die Herausforderung auch darin, neben der Konzentration auf die Pandemie gleichzeitig auch immer die alltäglichen Aufgaben und die mittel- und langfristigen Planungen im Blick zu behalten.

Die **Feuerwehr** ist dafür ein gutes Beispiel. Wenn es brennt, muss sie trotzdem ausrücken und sie muss mit allen beteiligten Ämtern auch den Neubau der geplanten Feuerwachen planen und mitbegleiten. Der Neubau der Feuerwache 2 in Niederberg befindet sich in der Umsetzung und wird baulich 2021 abgeschlossen sein. Das Land fördert die Maßnahme mit einer Zuwendung mit über 1,6 Mio. Euro. Insgesamt kostet sie 10,2 Mio. Euro. Mit dem Bau der Feuerwache 3 in Bubenheim und dem Hochwasserzentrallager soll in 2021 begonnen werden. Das Gesamtvolumen setzt sich bei dieser Wache aus 12,6 Mio. Euro zusammen, von denen das Land 2,3 Mio. Euro übernimmt.

Um sich in einer Stadt und einer Region sicher zu fühlen, gehört im Übrigen – gerade heute – auch eine gute und hinreichende **Gesundheitsversorgung**. Wir sind dabei in Koblenz im medizinischen und unternehmerischen Bereich gut aufgestellt. Als erfolgreicher Gesundheitsstandort wollen wir deshalb auch das **Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein** mit seinen 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und jährlich über 170.000 Patientinnen und Patienten weiterhin auf stabile Füße stellen. Daran arbeiten wir kontinuierlich und sind dankbar, dass das Klinikum mit neuer Geschäftsführung, die eine erste wichtige wirtschaftliche Stabilisierung in schwieriger Zeit geschafft hat in den vergangenen Monaten während der Pandemie bei der Gesundheitsversorgung eine wichtige Rolle gespielt und Verantwortung übernommen hat.

Wenn sich in Koblenz viele Menschen wohlfühlen ist das für uns immer auch eine Bestätigung, dass sich die Stadt bisher hervorragend entwickelt hat. Umso mehr Menschen hier leben wollen, desto mehr **Wohnraum** benötigen wir allerdings auch. Hier müssen deshalb die bestehenden Engpässe für alle Nachfragegruppen überwunden werden und alle Anstrengungen auf die Wohnraumschaffung in der Stadt, sei es durch nachhaltige Nachverdichtung aber auch durch behutsame und vertretbare Flächenneuausweisung konsequent fortgeführt werden. Der Soziale Mietwohnungsbau ist mir dabei ein besonderes Anliegen. Wir müssen mit vereinten Kräften erreichen, dass in unserem Oberzentrum wieder verstärkt Mietwohnungen im preiswerten Segment und im Sozialen Wohnungsbau errichtet werden. Dass das nicht alleine durch die Koblenzer Wohnbau GmbH, die derzeit fast ausschließlich eine entscheidende Rolle spielt, geschehen darf, dafür hat der Rat mit seinem Grundsatzbeschluss 30%-Sozialwohnungsquote bei privaten Wohnprojektentwicklungen bereits die Weichen gestellt. Damit sind die Voraussetzungen für eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land RLP geschaffen, die nunmehr in Vorbereitung ist.

Die in Aufstellung befindlichen Bauleitpläne für den Wohnungsbau müssen zügig und zielgerichtet fertiggestellt werden. Hierfür sind ausreichend Mittel im Haushalt eingestellt. Gleiches gilt für die weiteren Verfahrensschritte des **Flächennutzungsplanes**, um wirksam Flächenvorsorge für unsere wohnbaulichen aber auch gewerblichen Bedarfe betreiben zu können.

Unser Ziel ist es, dass Wohnungsbaugroßprojekte wie z.B. die Fritsch-Kaserne oder das Rosenquartier in Lützel deutlich zügiger in die Umsetzung gelangen, um eine schnellere Wirkung auf dem Wohnungsmarkt zu erzielen. Vielversprechende neue Projektierungen im

Wohnungsbau, sei es beispielsweise am ehemaligen Nutztviehhof, auf dem ehemaligen Sportplatz im Raumental, am Kratzkopfer Hof oder an der ehemaligen Overbergschule wollen wir beschleunigen und privates Engagement bei Wohnungsbauprojekten konstruktiv begleiten.

Anrede,

Mit unseren zahlreichen **Fördergebieten** werden wir seit Jahrzehnten gut vom Land und vom Bund mit Zuschussmitteln aus dem Städtebauförderungsprogramm bedient. Insgesamt sind für 2021 ca. 11,3 Mio. Euro an Haushaltsmitteln insbesondere für die Fördergebiete in Neuendorf, Lützel, Raumentaler Moselbogen und Aktive Innenstadt veranschlagt, deren zuwendungsfähige Kosten aus dem gemeinsamen Bund/ Land-Fördertopf mit 90% gefördert werden.

Hinzu kommen Sonderförderungen: zum einen für die **Festungsstadt Koblenz**, die derzeit im Antragsverfahren ist. Hier gilt es, die Umgestaltung am Fort Asterstein, am Fort Konstantin und an der Feste Franz weiter umzusetzen, um unser kulturelles Erbe zu bewahren und nachhaltig und zukunftstauglich zu nutzen.

Zum anderen **Förderprogramm „Stadtdörfer“**, mit dem dank des rheinland-pfälzischen Innenministeriums Stadtteile mit dörflichem Charakter gefördert werden. Unsere Stadtteile Arenberg/ Immendorf, Arzheim und Güls werden daraus Fördermittel des Städtebaus erhalten. Die Ortsvorsteher, Ortsbeiräte und ehrenamtlich Aktive beteiligen sich hier gerade sehr engagiert an dem Prozess. Ich habe die Hoffnung, dass dieses Programm verstetigt wird und damit auch unsere anderen dörflichen Stadtteile in Zukunft aufgenommen werden können.

Wir alle wissen, dass das **ehrenamtliche Engagement** immer wichtiger wird. Deshalb haben wir es zuletzt besonders unterstützt und vielen Vereinen bei Räumlichkeiten, Lagermöglichkeiten, Veranstaltungen oder auch allgemeinen Fragen geholfen. Wir erarbeiten dazu derzeit einen Bericht und wollen in diesem Rahmen mit Ihnen auch Prioritäten beschließen, in welche Stadtteilen beispielsweise Versammlungsstätten benötigt und zur Verfügung gestellt werden können. Aufgrund der Pandemie haben sich auch diese Arbeiten verzögert, wir streben aber an, Ihnen im ersten Quartal des neuen Jahres ein Handlungskonzept vorlegen zu können.

All diese Investitionen und Projekte wären nicht ohne unsere **engagierten Kolleginnen und Kollegen** möglich. Deshalb zeigt sich gerade bei Ihnen, was ich eingangs zu unserer Konsolidierungsstrategie gesagt habe. Ja – wir müssen sparen, aber an der richtigen Stelle und immer mit einer nachhaltigen Perspektive. Gerade bei unseren Beschäftigten dürfen wir nicht mit kurzfristigen Einsparungen eine langfristige Personalplanung gefährden. Auf der einen Seite haben wir, wie im Eckwertebeschluss vorgesehen, freiwerdende Stellen eingespart, soweit dies mit der gesetzlichen Aufgabenerfüllung und einer für unsere Beschäftigten vertretbaren Arbeitsbelastung zu vereinbaren war. In anderen Bereichen schlagen wir aber auch vor, neue Stellen zu schaffen, weil es für unsere Aufgabenerfüllung absolut notwendig oder weil es sogar rechtlich vorgeschrieben ist. Deshalb wollen wir im nächsten Jahr auch neue Stellen einrichten. Und was mir dabei besonders wichtig ist: Wir machen das gerne, weil die Kolleginnen und Kollegen mit ihren hervorragenden Leistungen unsere wichtigste Ressource sind. Denn sie sind es, die die städtischen Aufgaben, über die wir hier im Stadtrat sprechen, hervorragend erfüllen, sie sind es, die sich täglich um die Anliegen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürgern kümmern und sie sind es, die unsere Vorstellung von einer guten Entwicklung unserer Stadt umsetzen. Dafür danke ich Ihnen allen an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich! Es ist toll, dass über 70 Prozent der Koblenzerinnen

und Koblenzer großes Vertrauen in die Arbeit der Stadtverwaltung haben. Dies hat das Bürgerpanel gezeigt.

Unsere Personal- und Versorgungsaufwendungen, die sich einschließlich der Tarifsteigerungen und Anpassungen der Besoldungen von 117,7 Mio. Euro im 2020 auf 122,7 Mio. Euro in 2021 erhöhen, sind deshalb eine Investition in die Zukunft – gerade weil wir auf der einen Seite immer mehr Aufgaben und größere Herausforderungen bewältigen müssen und uns auf der anderen Seite in einem ständigen Wettbewerb um Fachkräfte befinden. Deshalb ist es mir auch immer wichtig, dass alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst angemessen und fair bezahlt werden! Gleichwohl gilt es zur Sicherstellung der Personalressource in dieser dynamisch ändernden Arbeitswelt, in Maßnahmen der Personalbindung, Personalentwicklung und des Gesundheitsmanagements zu investieren. So werden wir beispielsweise im kommenden Jahr unser 2020 gestartetes Führungskräfteentwicklungsprogramm fortsetzen, Führungsnachwuchs heranbilden, eine Kampagne „Mitarbeitende werben Mitarbeitende“ implementieren und unsere Aktivitäten im Bereich des externen Personalmarketings intensivieren.

IV. Fazit

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich hoffe, es ist deutlich geworden, dass wir in den kommenden Monaten und Jahren vor einer großen Herausforderung stehen. Wir haben mit der Corona-Pandemie nicht nur neue Aufgaben und Probleme zu bewältigen, sondern dadurch auch einen geringeren finanziellen Spielraum. Auch unsere **Gesamtverschuldung** wird dadurch steigen: Wir werden im nächsten **477,4 Mio. Euro Schulden** haben.

Wir müssen also **gleichzeitig Schulden abbauen** und unseren Haushalt konsolidieren und auf der anderen Seite mit **nachhaltigen Investitionen** unsere Stadt entwickeln. Das können wir! Denn unsere Stadt bietet dafür viel Potenzial und Kreativität.

Wichtig dafür wird aber eine **konstruktive Zusammenarbeit im Stadtrat** sein. Dabei ist es für mich keine Frage, dass wir miteinander lebhaft diskutieren, intensiv um gute Lösungen ringen, und das gerne auch mal emotional. Denn das zeigt ja, dass Sie alle mit Herzblut dabei sind, engagiert für ihre Überzeugungen eintreten und in Sachfragen die Hintergründe so detailliert wie möglich hinterfragen.

Und da Sie das **alle ehrenamtlich** tun, weiß ich, mit welcher Belastung und mit welchem Aufwand das verbunden ist. Ich bedanke mich an dieser Stelle dafür bei Ihnen im Namen des Stadtvorstandes und aller Koblenzerinnen und Koblenzer herzlich! Nur mit Ihrem ehrenamtlichen Einsatz ist es möglich, unsere Stadt so weiterzuentwickeln, dass sich die Menschen bei uns auch zukünftig wohlfühlen und sagen: „Koblenz ist meine Heimat!“

Genauso wichtig, wie Ihr engagierter und ehrgeiziger Einsatz ist aber auch der **faire und respektvolle Umgang** miteinander. Lassen Sie uns gemeinsam die unterschiedlichen Auffassungen und politischen Biografien in unserem Stadtrat akzeptieren und ausschließlich in der Sache miteinander streiten. Ich finde, das ist uns in den letzten Monaten besser gelungen und ich will gerne diese Entwicklung zum Anlass nehmen, um auch öffentlich zu zeigen, dass es uns auch trotz der anstehenden Wahlkämpfe gelingt, stets die sachliche und verantwortungsbewusste Auseinandersetzung um kommunale Themen in den Vordergrund zu stellen.

Denn diese **Vorbildfunktion** haben wir gegenüber der Bevölkerung. Wir wollen, dass in Koblenz, die Menschen respektvoll miteinander umgehen, wir wollen, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Religion, seinem Geschlecht, seinem Einkommen oder seiner Weltanschauung diskriminiert oder bedroht wird und wir wollen, dass die Koblenzerinnen und Koblenzer nicht durch Hetze oder das Schüren von Ressentiments politisch polarisiert werden. Wir verurteilen jegliche Gewalt und jeglichen Extremismus und stehen für ein friedliches und demokratisches Miteinander!

Wenn wir das als Stadtrat vorleben, leisten wir einen ganz wichtigen Beitrag für eine demokratische Kultur und ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt!

Ich will dazu gerne meinen Teil leisten und freue mich, wenn wir in diesem Sinne in den kommenden Jahren zusammenarbeiten. Lassen Sie uns gemeinsam unsere Stadt entwickeln!

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit!